

Wirtschaft

## Jetzt soll Bundesrat Joseph Deiss eingreifen

### **ALSTOM · Frankreichs Staatsbeteiligung verunsichert Schweizer Mitarbeiter, die Verbände machen mobil**

*Alstom hängt am Tropf der Franzosen. Schweizer Gewerkschaften und Angestelltenverbände fragen den Bundesrat, was er in dieser Sache zu tun gedenke. Hintergrund ist die Sorge, dass Baden/Birr im Konzern politisch benachteiligt werden könnte. Im gesamt europäischen Alstom-Betriebsrat wird hart um nationale Interessen gekämpft.*

#### **Peter K. Sonderegger**

Frankreich wird grösster Alstom-Aktionär. Der Konzern hängt damit am Tropf von Staat und Banken. Personalvertretung, Angestelltenverband und Gewerkschaften von Alstom Schweiz trauen der Beruhigung aus Paris nicht und wollen den Bundesrat einspannen. Wirtschaftsminister Joseph Deiss wird brieflich aufgefordert, zu zwei Fragen Stellung nehmen:

- 1. Was gedenkt der Bundesrat zum Schutz der Schweizer Interessen vorzukehren?
- 2. Wie will der Bundesrat auf die mögliche stärkere Gewichtung französischer Interessen reagieren?

Was erwarten Personalvertretung, Gewerkschafter und Angestelltenverband vom Brief nach Bern? Martin Leeser, Präsident der Personalvertretung Alstom Schweiz, ist der Ansicht, dass die gesamt arbeitsvertraglichen Regelungen nur dann funktionieren, wenn es um die Restrukturierung rein schweizerischer Betriebe geht. Bei der Restrukturierung im Rahmen internationaler Konzerne seien die Schweizer Personalvertreter gegenüber den Kollegen aus EU-Ländern sehr benachteiligt. Smuv-Vertreter Max Chopard betont, mit dem Brief an den Bundesrat gehe es primär um Fragen an den Wirtschaftsminister und nicht um konkrete Forderungen. Materiell kann sich Chopard ein stärkeres Entgegenkommen der Regierung bei Anliegen des Konzerns vorstellen. Etwa bei Fragen um die Export-risikogarantie.

Die vom französischen Finanzminister orchestrierte Rettung stabilisiert den finanziell angeschlagenen Konzern. Ein Konkurs hätte für die 4700 Schweizer Jobs von Alstom Power dramatische Konsequenzen gehabt. «In der jetzigen Situation wäre es sicher schwierig gewesen, den Gasturbinenbereich auf eine neue Basis zu stellen, um das Geschäft weiter zu betreiben», bestätigt Walter Gränicher im MZ-Interview von gestern Freitag. Gränicher ist Mitglied der Alstom-Konzernleitung und zudem Chef von Alstom Schweiz.

#### **Die Schweizer als Sündenböcke**

Schweizer Alstom-Mitarbeiter sehen sich im Zwiespalt zwischen der Erleichterung über das Hilfspaket und der Sorge, dass nichtfranzösische Konzernstandorte letztlich den politischen Preis für den Einsatz französischer Steuergelder zu berappen haben. «Die Staatsbeteiligung verschärft die Verunsicherung und das Misstrauen vieler Mitarbeiter in die Pariser Konzernleitung», sagt Leeser. Leeser weiss, wovon er redet. Als Schweizer Vertreter im Europäischen Betriebsrat des Alstom-Konzerns erlebt er den politischen Kampf um die nationalen Standorte zwischen den Personalvertretern der vom Jobabbau betroffenen Alstom-Länder hautnah. Im Vordergrund steht immer wieder die Konkurrenz zwischen den Turbinenfabriken in Birr und Belfort. Französische Gewerkschafter argumentieren, erst das von der Schweiz zu verantwortende Gas-turbinen-Debakel habe die Schräglage des Konzerns heraufbeschworen. Von den verschleppten Hausaufgaben französischer Konzernstandorte redet man lieber nicht. Auch Betriebsräten und Gewerkschaftern steht eben das Hemd näher als die Jacke, wenn es um eigene Arbeitsplätze und Investitionen geht. Und Schweizer Vertreter befürchten, dass die jetzige Staatsintervention den politischen Hebel der französischen Arbeitnehmervertreter stärken wird.

Der Alstom Konzern sieht das anders: «Investitions- und Standortentscheide erfolgen aufgrund von Businessplänen und nicht aufgrund von politischem Druck», so Walter Gränicher mit Bezugnahme auf Konzernchef Patrick Kron. Wenn Alstom überleben wolle, so bleibe dem Management gar nichts anderes, als wirtschaftliche Kriterien in den Vordergrund zu stellen.